DREI JAHRE DESTRUKTIVE SPARPOLITIK UND ARBEITSMARKTREGULIERUNG SIND GENUG

Erklärung von Global Unions[1]
anlässlich der Jahrestagungen des IWF und der Weltbank
Washington, 11. - 13. Oktober 2013

Einführung

1. Der IWF hat seine zuvor abgegebene Prognose zum Weltwirtschaftswachstum wieder einmal erheblich korrigiert. Zu den falschen fiskalischen Multiplikatoren von 2012 kamen auch noch Fehleinschätzungen der Fragilität aller großen Schwellenländer im Jahr 2013. Szenarien, in denen die rezessionären Auswirkungen der Sparpolitik massiv unterschätzt worden waren wurden ebenso wie jene Szenarien, in denen davon ausgegangen worden war, dass die Entwicklungsländer die Wachstumslokomotive für den Rest der Weltwirtschaft sein werden, für nicht haltbar erklärt. Für IWF und Weltbank ist es nun endlich an der Zeit, eine echte globale Erholungsstrategie voranzutreiben, indem sie gezielt darauf hinwirken, die Gesamtnachfrage anzukurbeln und für die vermehrte Schaffung von Arbeitsplätzen zu sorgen. Statt weiterhin eine destruktive und die Ungleichheit schürende Arbeitsmarktderegulierung voranzutreiben, sollten Fonds und Bank nun endlich ein stimmiges Gesamtpaket an Arbeitsmarktstrategien, die darauf abzielen, integratives Wachstum zu fördern und kleinen und mittleren Unternehmen dabei zu helfen, die für die Schaffung von Arbeitsplätzen benötigte Finanzierung zu erhalten, unterstützen.

2. Mit dieser Erklärung wird vorgeschlagen, dass Weltbank und IWF Maßnahmen zur Einführung einer globalen sozialen Basissicherung und zur Förderung von Investitionen in Infrastruktur, Bildung, hochwertige öffentliche Dienste und eines Übergangs zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft ergreifen sollten. Beide Institutionen spielen dahin gehend eine wichtige Rolle, der Aushöhlung der Steuerbemessungsgrundlage entgegenzuwirken und zu einer progressiveren Besteuerung überzugehen. Die Bank sollte Maßnahmen zur Umsetzung der wichtigen in seinem *Weltentwicklungsbericht 2013: Jobs* enthaltenen Empfehlungen, insbesondere was die Überprüfung sämtlicher Programme der Bank im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf die Beschäftigung betrifft, sowie auch zur Umsetzung der aus der *Überprüfung des Doing Business-Berichts durch*

---

[1] Die Global-Unions-Gruppierung setzt sich zusammen aus dem Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB), der 175 Millionen Mitglieder in 156 Ländern hat, den Globalen Gewerkschaftsföderationen (GUFs), die ihre jeweiligen Branchen auf internationaler Gewerkschaftsebene vertreten (BHI, BI, IAEA, ICEM, IJF, IMB, ITF, ITBLAV, IUL, IÖD und UNI) sowie aus dem Gewerkschaftlichen Beratungsausschuss (TUAC) bei der OECD.

eine unabhängige Evaluierungsgruppe resultierenden Empfehlungen ergreifen. Die Bank sollte die Gelegenheit der derzeitigen Überprüfung ihrer Politik im Bereich der Sicherung sozialer und ökologischer Standards nutzen, um den Rückstand zu anderen internationalen Finanzinstitutionen aufzuholen und eine Auflage annehmen, die zur Einhaltung umfassender Beschäftigungsstandards verpflichtet.

Von der Erholung in drei Geschwindigkeiten zur Stagnation in einer Geschwindigkeit

3. Diese Abwärtskorrektur seiner globalen Wachstumsprognose für die Weltwirtschaft im Juli 2013 war bereits die sechste aufeinanderfolgende Anpassung zuvor abgegebener vierteljährlicher Prognosen des IWF. Im Gegensatz zu früheren Korrekturen, die überwiegend durch einen stärkeren Rückgang in Europa begründet waren, sind die größten Anpassungen nach unten vom Juli nun auf große Schwellenländer, wie Russland, China, Brasilien und Südafrika zurückzuführen. Zunehmende wirtschaftliche Schwierigkeiten in Indien, Indonesien, der Türkei und in anderen Ländern aufgrund umfangreicher Mittelabflüsse werden wahrscheinlich weitere Anpassungen der IWF-Wirtschaftsprognosen erforderlich machen.

4. Die Konjunkturabschwächung in großen Entwicklungsländern wird den IWF zumindest dazu zwingen, sein „Drei-Geschwindigkeits-Erholungs-Szenario“, in dem davon ausgegangen wurde, dass dynamische Schwellenländer als Motor für die weltweite Erholung agieren, während die Industriestaaten ihre wirtschaftlichen Probleme lösen, ad acta zu legen. Sparpolitik und Strukturanpassungsprogramme in Europa waren zum Teil begründet durch die Erwartung des Fonds, dass eine starke Nachfrage nach europäischen Exporten entstehen werde, sobald die europäischen Länder ihre Ausgaben gekürzt haben und wettbewerbsfähiger geworden sind. Durch die Ankündigung im vergangenen Jahr, dass bei den Prognosemodellen des IWF fiskalische Multiplikatoren und damit die negativen Auswirkungen fiskalischer Konsolidierungspolitik unterschätzt worden waren, wurde die Glaubwürdigkeit des Erholungsszenarios des Fonds bereits erheblich infrage gestellt. Der Einbruch der Wachstumsraten in großen Schwellenländern trägt nun noch weiter dazu bei.

5. Der IWF und seine europäischen „Troika“-Partner (Europäische Zentralbank und Europäische Kommission) scheinen zu der verspäteten Einsicht gelangt zu sein, dass die Anfang 2010 über einen strikten Plan zur fiskalpolitischen Konsolidierung, selbst in Ländern, die einen drastischen Rückgang ihrer Wirtschaftstätigkeit erlebten, auferlegte Sparpolitik voreilig und letztendlich selbstzerstörend war. Diese Politik trug nicht nur dazu bei, dass die Eurozone erneut in die Rezession rutschte, sondern zudem war auch keines der Krisenländer aufgrund schrumpfender Staatseinnahmen dazu in der Lage, sein Defizitziel zu erreichen. Der IWF und seine Troikapartner haben in Anbetracht der schädlichen Folgen der bisherigen Zielsetzungen nun endlich zugestimmt, die Erreichung von Zielsetzungen zur Verringerung der Defizite in europäischen Ländern zurückzustellen.

6. Die Lockerung von Defizitzielen bedeutet nicht, dass Sparpolitik in offiziellen Kreisen in Europa und andernorts nun nicht mehr „in“ ist. Aus auf IWF-Berichten basierenden

Studien ging hervor, dass 119 von 181 untersuchten Ländern im Jahr 2013 eine kontraktionäre Fiskalpolitik betreiben und 131 Länder, in denen knapp 90 Prozent der Weltbevölkerung leben, eine solche Politik für 2014 vorsehen.[2] Das Betreiben einer Sparpolitik in Verbindung mit einem gleichzeitigen Rückgang der Preise vieler Rohstoffe und den Kapitalabflüssen, die zum Teil durch erwartete Änderungen in der US-amerikanischen Geldpolitik ausgelöst wurden, könnten die Wachstumsverlangsamung, die in vielen Entwicklungsländern eingesetzt hat, potenziell noch weiter verschärfen.

Langsame Erholung bedeutet mehr Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung

7. In dem im Juni von der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) veröffentlichten Bericht *World of Work Report 2013* hieß es, dass die Mehrheit der Entwicklungs- und Schwellenländer in den letzten drei Jahren Beschäftigungszuwächse verzeichnen konnten, aber dass die Zahl der Arbeitslosen aufgrund der Rezession und des langsamen Wachstums in entwickelten Regionen weltweit von 200 Millionen im Jahr 2013 dennoch auf 215 Millionen im Jahr 2015 steigen werde. Die Arbeitslosenrate liegt für einige Beschäftigungsgruppen, wie etwa junge Arbeitnehmer, signifikant über dem Durchschnitt. Der kürzliche Abschwung in großen Schwellenländern wird die weltweite Beschäftigungslage noch weiter verschlechtern und den Bemühungen zur Lösung der seit langem bestehenden Probleme der Unterbeschäftigung und informellen Beschäftigung in den Entwicklungsländern im Wege stehen.

8. Aus einer kürzlich in 13 Ländern durchgeführten IGB-Umfrage ging hervor, dass selbst vor dem jüngsten Abschwung in Schwellenländern knapp die Hälfte der Umfrageteilnehmer (49 Prozent) angab, dass sie oder ein Mitglied ihrer Familie von Arbeitslosigkeit betroffen oder in den letzten zwei Jahren auf Kurzarbeit gesetzt worden war. Weit über die Hälfte der Umfrageteilnehmer, nämlich 58 Prozent, gab an, dass das Einkommen ihrer Familie nicht mit dem Anstieg der Lebenshaltungskosten mithalten kann und ganze 80 Prozent gaben eine negative Antwort auf die Frage: „Denken Sie, dass Ihre Regierung die Arbeitslosigkeit effektiv bekämpft hat?“[3]

9. Ein sich verschlechternder Arbeitsmarkt könnte zusätzlich zu den Kürzungen der sozialen Ausgaben im Rahmen der Sparpolitk auch den alarmierenden Anstieg der Einkommensungleichheit, der in den letzten zehn Jahren mit wenigen bemerkenswerten Ausnahmen in den meisten Ländern stattgefunden hat, verschärfen. Der Entwicklungsausschuss von IWF und Weltbank ließ in seinem letzten Kommuniqué, das bei der Frühjahrstagung der IFIs im April herausgegeben wurde, Folgendes verlauten: „Wir erkennen an, dass für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung eine Verringerung von Ungleichheit erforderlich ist.“ In einer IWF-Studie wurde zudem darauf verwiesen, wie wichtig die Verringerung von Ungleichheit für beständiges und nachhaltiges Wachstum ist.[4] Leider wurden diese wichtigen Schlussfolgerungen in den derzeitigen Länderprogrammen und bei der politischen Beratung seitens des IWF oft

---

[2] Ortiz and Cummins, „The Age of Austerity – A Review of Public Expenditures and Adjustment Measures in 181 Countries”, South Centre, März 2013

[3] IGB, *Globale IGB-Umfrage 2013 - Wirtschaftlicher und sozialer Ausblick*, September 2013

[4] Siehe beispielsweise: IWF, *Jobs and Growth: Analytical and Operational Considerations for the Fund*, März 2013, SS. 24-31

nicht konsequent umgesetzt. Stattdessen wurde der Schwerpunkt dabei vielmehr auf die Kürzung der öffentlichen Ausgaben und die Deregulierung des Arbeitsmarkts gelegt.

Die Fixierung des IWF auf Arbeitsmarktderegulierung

10. Die Fokussierung des IWF auf eine „Flexibilität" des Arbeitsmarkts als ein institutionelles Ziel ist in Anbetracht seiner erklärten Verpflichtung zu integrativem Wachstum ganz besonders schwer nachvollziehbar. In einem kürzlich herausgegebenen Strategiepapier wurde die häufig und wiederholt geäußerte Förderung einer Arbeitsmarktderegulierung durch IWF-Mitarbeiter den „noch nachklingenden Auswirkungen" einer Überzeugung, die vor 20 Jahren von der OECD verbreitet, anschließend aber durch Untersuchungen widerlegt worden war, zugeschrieben, nämlich der Überzeugung, dass solch eine Deregulierung mit mehr Wachstum einhergehe.[5] Der IWF räumt ein, dass diese Prämisse nicht zutreffend, da nicht durch entsprechende Studien belegt sei. Er hätte allerdings auch die jüngsten Erkenntnisse von OECD und Weltbank anerkennen können, nach denen eine Arbeitsmarktderegulierung im Allgemeinen nicht nur unbedeutende Auswirkungen auf das Wachstum hat, sondern in den meisten Fällen Einkommensungleichheit Vorschub leistet.[6]

11. In mehreren europäischen Ländern war die Schwächung der Arbeitsmarktregulierung und -institutionen wichtiger Bestandteil der Kreditvergabeprogramme des IWF, bzw., in nicht kreditnehmenden Ländern, seiner strategischen Empfehlungen.[7] Zu den Empfehlungen oder Auflagen gehörten die Erleichterung nicht dem Standard entsprechender Arbeitsverhältnisse, Lohnkürzung oder -stopp, Abbau der Arbeitsplatzsicherheit, Schwächung oder Dezentralisierung von Kollektivvereinbarungen sowie die Schwächung der Gewerkschaften. Solche Maßnahmen drücken die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und führen fast unmittelbar zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit. Zudem schwächen sie den Schutz der Arbeitnehmer und deren Verhandlungsmacht und tragen somit zu einem Rückgang des Anteils des Arbeitseinkommens am nationalen Einkommen bei. Außerdem schwächen sie die Mechanismen des sozialen Dialogs und gefährden dadurch die Möglichkeiten für die Annahme von konsensgetragenen Maßnahmen zur Unterstützung der Erholung oder Abmilderung der Auswirkungen von wirtschaftlichem Abschwung, wie z.B. den weit verbreiteten Einsatz von Kurzarbeit oder anderen beschäftigungswirksamen Strategien.

12. Eine innerhalb der Länder bestehende Ungleichheit wird zudem durch Kürzungen bei öffentlichen Diensten und Transferprogrammen, von denen insbesondere die Bevölkerungsgruppen mit niedrigem oder mittlerem Einkommen betroffen sind, weiter verschärft, während gleichzeitig progressive Besteuerungsregelungen ausgehöhlt werden. Diese Schwerpunktlegung auf die Kürzung öffentlicher Ausgaben statt auf eine

---

[5] ebd., FN 18, S. 35

[6] OECD, *Divided We Stand: Why Inequality Keeps Rising*, Dezember 2011; Weltbank, *World Development Report 2013: Jobs*, Oktober 2012

[7] Siehe: IGB, „Involvement of the International Monetary Fund in Labour Market Reforms in European Countries", Februar 2013; IGB *Frontlines Report*, April 2013; Hermann und Hinrichs, *Die Finanzkrise und ihre Auswirkungen auf Sozialstaaten und Arbeitsbeziehungen – ein europäischer Rundblick,* FORBA, November 2012

Erhöhung des Steueraufkommens in vielen Krisenländern, von denen einige IWF-Kredite erhalten haben und andere äußerst empfänglich für die strategische Beratung durch den Fonds sind, begünstigt diesen Trend.

Arbeitsplätze, Beschäftigungsstandards und Sozialschutz bei der Weltbank

13. Der *Weltentwicklungsbericht 2013: Jobs* der Weltbank (*WDR 2013*) leistete einen wichtigen Beitrag dazu, dass die zentrale Bedeutung von Arbeitsmarktergebnissen für die Entwicklung erkannt wurde, woraus die Empfehlung resultierte, dass Entwicklungsstrategien durch die „Beschäftigungsbrille" überprüft werden sollten. Im *WDR 2013* wurde ferner nachdrücklich betont, dass jegliche Beschäftigung den durch die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation[8] gewährleisteten Rechten entsprechen und durch einen verbesserten Zugang zu Sozialschutz flankiert werden muss.

14. Die Weltbank sollte die im *WDR 2013* abgegebene Empfehlung umsetzen, dass sämtliche von der Bank finanzierten Projekte und Tätigkeiten im Hinblick auf deren Auswirkungen auf die Beschäftigung überprüft werden sollten. Zudem sollte die Bank im Zuge ihrer derzeitigen Überprüfung und Aktualisierung der Auflagen zur Einhaltung sozialer und ökologischer Standards auch eine Auflage im Hinblick auf Beschäftigungsstandards annehmen, durch die sichergetellt würde, dass bei den von der Bank finanzierten Tätigkeiten die Kernarbeitsnormen sowie die Rechte der Arbeitnehmer im Hinblick auf Unterrichtung über ihre Beschäftigungsbedingungen, Sparmaßnahmen, Beschwerdemechanismen, Gesundheits- und Arbeitsschutznormen und Lieferkettenstandards eingehalten werden.[9] Die Weltbank wurde bereits von einigen der regionalen Entwicklungsbanken und von ihrer eigenen privatwirtschaftlichen Kreditvergabeeinrichtung, der *International Finance Corporation*, überholt, die von den Kreditnehmern verlangen, sich in diesen Bereichen an die Beschäftigungsstandards zu halten.

15. Die Weltbank sollte die wichtigsten, aus der *Überprüfung des Doing Business-Berichts durch eine unabhängige Evaluierungsgruppe* resultierenden Empfehlungen, die dem Präsidenten der Bank im Juni vorgelegt wurden, umsetzen. Dazu gehört auch die endgültige Eliminierung des umstrittenen *Doing Business*-„Indikators für die Beschäftigung von Arbeitnehmern", der das beste Ergebnis in Ländern mit dem niedrigsten Grad an Arbeitsmarktregulierung erbrachte, und der bereits 2009 ausgesetzt wurde. Stattdessen sollte die Weltbank eine neue Herangehensweise an Arbeitsmarktpolitik unabhängig vom *Doing Business*-Projekt entwickeln. Die Bank sollte zudem auch die aus der *Überprüfung durch eine unabhängige Evaluierungsgruppe* resultierende Empfehlung zur Eliminierung des *Doing Business*-„Indikators für den Gesamtsteuersatz" umsetzen. Dieser Indikator lieferte die besten Ergebnisse in

---

[8] Kernarbeitsnormen sind international vereinbarte grundlegende Menschenrechte für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, ungeachtet des Entwicklungsstands ihrer Länder, die in acht IAO-Übereinkommen definiert werden. Diese Übereinkommen beziehen sich auf die Vereinigungsfreiheit und das Recht zu Kollektivverhandlungen, die Beseitigung von Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf, die Beseitigung sämtlicher Formen von Zwangs- oder Pflichtarbeit und die wirksame Abschaffung von Kinderarbeit, einschließlich ihrer schlimmsten Formen.

[9] Für weitere Einzelheiten siehe: IGB, *Labour Standards in World Bank Group Lending: Lessons Learned and Next Steps*, November 2011

Ländern, in denen der niedrigste Steuer- und Sozialbeitragssatz für Unternehmen gilt, wobei die besten Ratings an Steueroasen und Ölstaaten gingen.

16. Weltbank und IWF sollten ihre Arbeit zur Förderung und Umsetzung der Initiative für eine soziale Grundsicherung intensivieren. Beide Einrichtungen haben, z.B. im Zuge der *Social Protection and Labor Strategy 2012-2022* der Bank zum Ausdruck gebracht, dass sie die Initiative unterstützen und damit begonnen, gemeinsam mit der IAO und anderen Organisationen daran zu arbeiten. Im Mai hielt der Präsident der Weltbank eine Rede, in der er sagte, dass die Bank eine universelle Gesundheitsversorgung, Zugang zu Gesundheitsdiensten und andere Formen des Sozialschutzes zur Erreichung des Ziels der sozialen Basissicherung für alle unterstütze. Dazu müsste die Bank allerdings erst einmal konkrete Aktionspläne auf Länderebene zur Erreichung und Finanzierung solch einer erweiterten Erfassung des Sozialschutzes vorlegen, was bisher nicht geschehen ist. In den letzten von der Bank vorgelegten Strategien wurde die Einführung einer progressiven Besteuerung und angemessener Sozialbeiträge für Unternehmen zur Finanzierung erweiterter Sozialschutzsysteme jedenfalls nicht einmal in Zusammenhang mit sehr niedrigem Besteuerungsniveau vorangetrieben.

17. Im Rahmen seiner Serien *Turn Down the Heat* (Die Temperatur senken) und über *Inclusive Green Growth* (Integratives grünes Wachstum) hat die Weltbank zwei Berichte herausgebracht, deren Schlussfolgerung lautet, dass einkommensschwache Bevölkerungsgruppen am stärksten vom Klimawandel betroffen sein werden. Die Bank sollte die wichtigen Erkenntnisse dieser Berichte durch eine Verstärkung ihrer Unterstützung für grüne Wirtschaft und klimabezogene Investitionen auch konsequent umsetzen. Bei ihrer Mitwirkung sollte sie besonders betonen, wie wichtig ein gerechter Übergang für Arbeitnehmer beim Übergang zu einer nachhaltigen grünen Wirtschaft ist. Sowohl der IWF als auch die Weltbank sollten Lösungen vorlegen, die das erforderliche Niveau an öffentlichen und privaten Investitionen zur Erzielung dieses Übergangs gewährleisten. Fragen der Gerechtigkeit müssen ernst genommen werden, darunter Maßnahmen, wie etwa verbesserte öffentliche Verkehrsmittel, erweiterter Sozialschutz und höhere Löhne für Erwerbstätige mit niedrigem Einkommen, um Subventionen für Brennstoffe zu ersetzen. Die Stimme der Arbeitnehmer muss bei einem erfolgreichen Übergang eine entscheidende Rolle spielen, da sie zur Verbesserung des Innovationsprozesses am Arbeitsplatz beitragen. Der IGB hat vorgeschlagen, mit der Bank zusammenzuarbeiten, um diese Punkte mehr im Detail zu prüfen.

Empfehlungen der Global Unions

Maßnahmen zur Förderung der konjunkturellen Erholung

18. IWF und Weltbank sollten

- über ihre strategischen Empfehlungen und ihre finanzielle Unterstützung zielgerichtete Maßnahmen ergreifen, um die Gesamtnachfrage und die Beschäftigung in den Ländern, in denen eine ernsthafte Verlangsamung des Wachstums oder ein Abrutschen in die Rezession droht, zu fördern;

- Sparmaßnahmen und die damit verbundenen öffentlichen Ausgabenkürzungen in Bereichen, die soziale Unterstützung bereitstellen, produktive Wirtschaftstätigkeiten begünstigen und die Grundlage für funktionsfähige und solide staatliche Dienstleistungen schaffen, ablehnen;

- zu Investitionen in Infrastruktur, Bildung und hochwertige öffentliche Dienstleistungen, einschließlich der Pflegewirtschaft, beitragen, um das langfristige produktive Potenzial zu verbessern sowie den Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft zu unterstützen.

Maßnahmen zur Schaffung menschenwürdiger Arbeit und zur Verringerung von Ungleichheit

19. IWF und Weltbank sollten:

- aktive Arbeitsmarktprogramme zur Förderung des Erhalts und des Teilens von Arbeitsplätzen fördern, bis wieder für Beschäftigungswachstum gesorgt ist. Ferner sollten sie spezielle Initiativen zur Schaffung von Arbeitsplätzen für junge Menschen unterstützen;

- nicht länger eine Arbeitsmarktderegulierung vorantreiben und stattdessen zu einer Umkehr der Zunahme der Einkommensungleichheit beitragen, indem sie gestärkte Tarifprozesse und solide Mindestlöhne als Bestandteil einer kohärenten Arbeitsmarktpolitik zur Erreichung eines integrativeren Wachstums fördern;

- sicherstellen, dass Frauen von diesen arbeitspolitischen Maßnahmen profitieren, um eine weitere Zunahme geschlechtsspezifischer Beschäftigungs- und Einkommensdisparitäten zu verhindern;

- geplante von den IFI finanzierte Tätigkeiten nach ihren Auswirkungen auf die Beschäftigung bewerten und sicherstellen, dass sie zur Schaffung menschenwürdiger Arbeit beitragen, insbesondere durch die Annahme einer Auflage im Hinblick auf Beschäftigungsstandards seitens der Weltbank;

- Aktionspläne zur Unterstützung der Umsetzung eines sozialen Basisschutzes, wie von der IAO entwickelt und von den Vereinten Nationen befürwortet und bei den G20-Treffen vereinbart, ausarbeiten.

Maßnahmen zur wirksamen Regulierung der Finanzwelt und gerechte Besteuerung

20. IWF und Weltbank sollten:

- dazu beitragen, das Angebot erschwinglicher Finanzmittel für Klein- und Mittelbetriebe zu verbessern, ihre Einbindung in globale Wertschöpfungsketten zu ermöglichen und dafür sorgen, dass sie ihren Beschäftigten menschenwürdige Arbeit bieten können;

- die Umsetzung der von den G20 und vom Finanzstabilitätsausschuss übernommenen Verpflichtungen unterstützen, nämlich Finanzinstitutionen, die zu groß zum Scheitern sind, durch eine Abkoppelung des Privat- und Firmenkundengeschäfts vom volatilen Investmentbanking und Finanzmarkthandel, eine Regulierung des Handels mit Over-the-counter-Derivaten und Schattenbanken sowie durch die Umsetzung von Abwicklungsrahmen ein Ende zu bereiten.

- entschiedenere Maßnahmen als bisher ergreifen, um der Erosion der Steuerbasis entgegenzuwirken und die Steuersysteme zu reformieren, um eine Ausweitung der Bemessungsgrundlage und eine progressivere Besteuerung zu erreichen, um auf diese Weise von der Besteuerung der Arbeit zur Besteuerung umweltschädlicher und unproduktiver Aktivitäten überzugehen;

- entschiedenere Maßnahmen unterstützen, um sicherzustellen, dass durch Steueroasen keine Einnahmen verloren gehen, indem ein automatischer Informationsaustausch und Maßnahmen unterstützt werden, durch die die Aushöhlung der Steuerbemessungsgrundlage und die Gewinnverlagerung seitens multinationaler Unternehmen beendet wird;

- für die Einführung und Umsetzung von Finanztransaktionssteuern (FTS) eintreten, um spekulatives Handeln zu verhindern, neue Finanzquellen zu erschließen und Hochfrequenzhandel zu unterbinden.

16.09.13